



Redaktion "Der Bund"  
3001 Bern  
031/ 385 11 11  
www.derbund.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 52'705  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.84  
Abo-Nr.: 1077523  
Seite: 26  
Fläche: 52'000 mm<sup>2</sup>

# Ergänzungsleistungen für Familien

Der Grosse Rat hat dem Familienkonzept der Regierung zugestimmt. Dieses will Ergänzungsleistungen für arme Familien - umstritten waren Steuerentlastungen für Familien, die ihre Kinder selber betreuen.

**Dölf Barben**



**Je mehr Mäuler in einer Familie zu stopfen sind, desto grösser ist das Risiko, in finanzielle Schwierigkeiten zu geraten.** Foto: colourbox

Die Debatte dauerte um die drei Stunden und wurde gegen Schluss sehr emotional geführt. Insgesamt wurde das Familienkonzept der Regierung vom Grosse Rat schliesslich aber wohlwollend, mit 95 gegen 51 Stimmen, zur Kenntnis genommen. Nur SVP und FDP wollten am Ende nichts mehr davon wissen.

Das Konzept geht auf zwei EVP-Motionen zurück. Diese fordern auf

Kantonebene eine directionsübergreifende Konferenz zur Vernetzung der Familienpolitik sowie die Entwicklung konkreter Massnahmen zur Familienförderung. Die künftige Familienpolitik soll gemäss Regierung zwei Stossrichtungen aufweisen. Die erste zielt auf die direkte Unterstützung von Familien (zum Beispiel durch finanzielle Entlastungen oder Leistungen), die zweite auf

die Verbesserung von Rahmenbedingungen (zum Beispiel durch den Ausbau des Kinderbetreuungsangebots).

## Gegen 100 Millionen Franken

Als Knackpunkt erwies sich gestern der Vorschlag der vorberatenden Kommission, arme Familien sollten Ergänzungsleistungen erhalten. Kommissionspräsidentin Margreth Schär (sp, Lyss) sagte,



Redaktion "Der Bund"  
3001 Bern  
031/ 385 11 11  
www.derbund.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 52'705  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.84  
Abo-Nr.: 1077523  
Seite: 26  
Fläche: 52'000 mm<sup>2</sup>

es gehe vorerst darum, die Vor- und Nachteile eines Systemwechsels herauszufinden. Entschieden würde später. Es seien gar keine weiteren Prüfungen nötig, sagte hingegen Franziska Fritschy (fdp, Rüfenacht). Es sei schon jetzt klar, dass Ergänzungsleistungen teuer und nicht das Richtige wären. Wie Hochrechnungen zeigten, entstünden jährliche Kosten von 43 bis 112 Millionen Franken. Mit der Sozialhilfe bestehe bereits ein wirkungsvolles System zur Bekämpfung von Armut, sagte Fritschy. Daniel Steiner (evp, Langenthal) entgegnete, Sozialhilfe sei für die Behebung von Problemen, die struktureller Natur seien, eben gerade nicht geeignet. Grüne, SP, EDU, CVP/PSA und Teile der BDP argumentierten ähnlich: Ergänzungsleistungen könnten bedarfsgerecht ausgeschüttet werden und kämen vor allem den Working Poor zugute, also Leuten, die voll arbeiten und doch zu wenig verdienen, sagte etwa Johanna

Schlegel (grüne, Burgdorf). Der FDP-Antrag, auf Ergänzungsleistungen sei zu verzichten, unterlag deutlich.

### Frage der Steuergerechtigkeit

Noch heftiger prallten die Meinungen beim zweiten Knackpunkt aufeinander: Die SVP beantragte, Familien, die ihre Kinder selber betreuen, sollten ebenfalls Steuerabzüge geltend machen dürfen – genau gleich wie Familien, die ihre Kinder fremdbetreuen lassen. Es dürfe nicht sein, sagte Béatrice Struchen (svp, Epsach), dass jene Familien, die bewusst auf ein Zweiteinkommen verzichteten, durchs Steuergesetz benachteiligt werden. Wenn man die Grundidee der Steuergesetzgebung berücksichtige, sagte Emil von Allmen (sp, Gimmelwald), müsse man diesen Vorschlag klar ablehnen. Zahlreiche Sprecher wiesen auf das grundlegende Problem des Vorschlags hin: Man könne doch nicht Abzüge von einem Betrag vornehmen, der

gar nicht verdient worden sei. «Wie viel müsste das denn sein?», fragte Daniel Kast (cvp, Bern), und Franziska Fritschy drehte den Spieß grad um: Wenn schon müssten Familien, die ihre Kinder selbst betreuen, Eigenleistungen versteuern.

Solche Abzüge verstießen gegen das Prinzip, wonach Steuern aufgrund der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eingezogen werden, sagte Gesundheitsdirektor Philippe Perrenoud (sp). Mit der Hilfe der FDP lehnten SP, Grüne und die Fraktion CVP/PSA den Antrag der SVP mit 86 gegen 62 Stimmen ab.

Mehrere Verwaltungsstellen werden auf der Basis des Familienkonzepts nun konkrete Massnahmen entwickeln. Eine wichtige Rolle spielt dabei die direktionsübergreifende Familienkonferenz, die nun gebildet wird. Ob Ergänzungsleistungen dereinst tatsächlich eingeführt werden sollen, wird in diesem Rahmen geprüft. Der Grosse Rat wird nochmals darüber befinden können.